

Wenn aus Skepsis Fremdenfeindlichkeit wird

„MITTE-STUDIE“ Forscher untersuchen Einstellungen gegenüber Flüchtlingen

Von Torben Schröder

MAINZ. Wie weit in die politische Mitte reicht Fremdenfeindlichkeit? Dem Titel der „Mitte-Studie“ 2016, „Die enthemmte Mitte“, nach zu urteilen: ziemlich weit. Elmar Brähler, Professor für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie in Leipzig, stellte eine Reihe von Ergebnissen aus der Studie an der Mainzer Uni-Medizin vor. Eines davon: Die Ausländerfeindlichkeit von deutschlandweit 20,4 Prozent liegt deutlich niedriger als noch vier (25,1) oder zehn (26,7) Jahre zuvor.

Arbeitsplätze und die Angebote des Sozialstaates

Gemessen wird Ausländerfeindlichkeit anhand von drei Fragen: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. 32 Prozent der Befragten stimmten Frage eins „überwiegend“ bis „voll und ganz“ zu, 26 Prozent der zweiten, 34 Prozent der dritten. Die hieraus gebildete Dimension „Ausländerfeindlichkeit“ umfasst im Osten 2016 23 Prozent der Befragten und im

ISLAM

► Bemerkenswert auch: 70 Prozent sind dafür, **liberale Muslime zu unterstützen, die sich vom Fundamentalismus lösen wollen.** Und für 56 Prozent ist der Islam archaisch und unfähig, sich an die Gegenwart anzupassen.

Westen 20 Prozent. Bemerkenswert: Im Finanzkrisen-Jahr 2012 waren es im Osten noch 39 Prozent, im Westen lag der Wert 2002 und 2006 mit 27 Prozent am höchsten.

Befunde, die nur auf den ersten Blick nicht zum AfD-Höhenflug passen wollen. Die Analyse zeigt, dass autoritäres Denken, Unzufriedenheit mit der existierenden Demokratie und Bildung („kein Abitur“) Ausländerfeindlichkeit besonders stark begünstigen, ebenso Gefühle von privatem Unwohlsein und Einflusslosigkeit (Deprivation). „Wenn man die soziostrukturellen Faktoren rausrechnet, ist der Osten nicht fremdenfeindlicher als der Westen“, hält Brähler fest. Auch Arbeitslosigkeit und das Einkommen spielten keine Rolle.

41 Prozent der Befragten stimmen tendenziell bis stark der Aussage zu, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden soll. 86 Prozent der AfD-, aber auch über 40

Prozent der SPD-, Unions- oder FDP-Anhänger sind dieser Meinung, und sogar jeder Vierte mit Grünen-Präferenz.

Bemerkenswert auch: 70 Prozent sind dafür, liberale Moslems zu unterstützen, die sich vom Fundamentalismus lösen wollen. Und für 56 Prozent ist der Islam archaisch und unfähig, sich an die Gegenwart anzupassen.

Schließlich: Fast jeder Zweite, der gemäß der „Mitte-Studie“ 2014 ein rechtsextremes Weltbild hatte, zählte sich zu den Unions- oder SPD-Wählern. Die Zahlen haben sich halbiert, während nun jeder Dritte sich zur AfD bekennt. Brählers Erklärung: Die Volksparteien haben an Kompetenzzerten eingebüßt und damit ihre Bindewirkung verloren, rechte Meinungen wurden so erst parteipolitisch sichtbar.

Kritik am „linken“ Profil der Vorgehensweise

Das Konzept der früher oder aktuell von den SPD-, Linke- und Grünen-nahen Parteistiftungen unterstützten Studie hat durchaus Kritik auf sich gezogen. Als „offen ausgesprochene linke Kampfschrift gegen liberale und konservative Auffassungen“ bezeichnete sie beispielsweise der Politologe Klaus Schroeder, Eckhard Jesse bemängelte eine „ideologisch geleitete“ Vorgehensweise. In Mainz ermahnte Brähler „die Parteien, die sich als Speerspitze gegen Fremdenfeindlichkeit positionieren“, in ihre eigenen Reihen zu schauen. So würden 40 Prozent der Grünen-Sympathisanten befürworten, Sinti und Roma aus den Innenstädten zu verbannen.

„Mit Angst“ habe die Haltung gegenüber Fremden „eher wenig zu tun, sondern mit Sorgen und Vorbehalten“. Ausländer würden vielfach als „Fressfeinde“ angesehen. Haben wir es also mit der Banalität des Bösen zu tun, oder ist ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber Neuankömmlingen schlichtweg menschlich? Brähler empfiehlt, „ohne Scheuklappen“ zu diskutieren und auch Zeitgenossen mit fremdenfeindlichen Einstellungen „nicht zum Teufel zu jagen“.



Die Neuankömmlinge unter den Fittichen des Sozialstaates: Junge Flüchtlinge des Sprachförderkurses Deutsch an der Abendschule Gießen besuchen das Mathematikum. Archivfoto: Abendschule